Attraktivität der Kriminalpolizei

21.04.2017

Junge Polizisten sind in Ballungsräumen auf sozialen Wohnungsbau angewiesen

Bei den diesjährigen Ausschreibungen für den Wechsel S zu K hat sich in einigen Polizeipräsidien zum wiederholten Male gezeigt, dass es zunehmend schwieriger wird, geeignete Kolleginnen und Kollegen zu finden, die sich für einen Wechsel zur Kriminalpolizei entscheiden. Es handelt sich offenbar um einen Trend, der auch in anderen Bundesländern festzustellen ist, wie z. B. in Hessen, wo nur ein Teil des Kriponachwuchses über das Studium rekrutiert werden kann. Wie in Rheinland-Pfalz dürfte auch dort der finanzielle Unterschied, der sich gerade im Wechselschichtdienst bemerkbar macht, einen wichtigen Grund darstellen.

In der Landesschau RP vom 18.04.2017 führte der Mainzer SPD-Oberbürgermeister Michael Ebling aus, dass die Stadt Mainz verstärkt in den sozialen Wohnungsbau investieren will, um gerade auch Polizisten und Krankenschwestern das Wohnen in der Stadt zu ermöglichen.

Daraus resultiert die Erkenntnis, dass hochqualifizierte Polizisten mit abgeschlossenem Studium auf den sozialen Wohnungsbau angewiesen sind und dass der Verdienst, gerade von jungen Polizistinnen und Polizisten, nicht ausreicht, um in einer größeren Stadt wie Mainz wohnen und leben zu können. Umso erklärbarer ist es, wenn insbesondere junge Menschen, die sich mit der Familienplanung befassen und dadurch auf jeden Cent angewiesen sind, nicht noch zusätzlich durch einen Wechsel zur Kriminalpolizei finanzielle Einbußen hinnehmen wollen.

Die Landesregierung hat bei der Diskussion um die Erhöhung der Diäten offenbar erkannt, dass Rheinland-Pfalz in diesem Gehaltsgefüge bundesweit einen der letzten Plätze einnimmt. Dies trifft ebenfalls auf die Gehälter der Polizei zu. Auch hier nimmt Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich einen der letzten Plätze ein.

Nach Ansicht des BDK ist es notwendig, dass die drei Polizeigewerkschaften in diesem Punkt gemeinsam die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertreten.

Die Ungerechtigkeit im bundesweiten Lohngefüge muss, analog zur Anpassung der Diäten, beseitigt werden.

Der Landesvorstand

Schlagwörter
Rheinland-Pfalz
diesen Inhalt herunterladen: PDF